

Pressemitteilung



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

07.09.2021

Herausgeber:
Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB (DPoIG)
Landesverband Berlin e.V.
Landesgeschäftsstelle
Alt-Moabit 96 A
10559 Berlin
Tel.: (030) 393 30 73 / 74
Fax: (030) 393 50 92
E-Mail: post@dpolg-berlin.de
Internet: www.dpolg.berlin
V.i.S.d.P.: Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender

Resolution des 24. Landeskongresses der DPoIG Berlin

DPoIG Berlin: Ordnung statt Chaos

Aus Sicht der DPoIG Berlin hat chaotisches Regierungshandeln zu einem massiven Ordnungsverlust in Berlin geführt. Das objektive und subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen, die für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dieser Stadt einstehen, hat massiv gelitten. Innere Sicherheit ist ein Grundrecht aller Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören aber eben auch die Menschen, die unter widrigsten Bedingungen ihren Dienst auf der Straße machen! Sie optimal zu schützen ist Aufgabe eines starken Staates.

Der Rechtsstaat ist in Deutschland ganz offenbar in funktionierende Bereiche, wie etwa in Süddeutschland, und in desolate Bereiche, wie in Berlin, geteilt. Wir halten diese Grundrechtsteilung für falsch und fordern alle Parteien vor der Abgeordnetenhauswahl auf, Farbe zu bekennen. Denn die Ursachen für Ordnung statt Chaos werden in den Bundesländern gelegt.

Polizei wie Ordnungsämter sind mit der Justiz zwei Seiten einer Medaille. Nur wer Innere Sicherheit und Ordnung ganzheitlich denkt, wird Erfolg haben. Wenn das Recht aktuell ist und tatsächlich auf der Straße durchgesetzt werden kann, wird es weniger Gefahren und bessere Kriminalitätsbekämpfung geben. Das braucht politischen Willen und Geld - denn wir wollen einen Rechtsstaat, der mit Augenmaß sehr konsequent gegen alle Rechtsverstöße vorgeht und bei groben Verstößen seine Zähne zeigt. Dazu gehört auch ein modernes Polizeirecht, das Mitarbeitende schützt, damit sie die Bürger schützen können.

Das trifft besonders beim Thema Gewalt gegen die Polizei und Ordnungsämter und allen übrigen Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes zu. Wir fordern von der Politik Vertrauen statt Misstrauen und zwar durch Handlungen und nicht in Sonntagsreden. Das fängt bei A wie Arbeitsschutz und Ausstattung an und geht weiter über Einkommen, Stellenpläne, Beförderungen, Gebäudesanierungen, Schadenersatz für im Dienst verletzte Kolleginnen und Kollegen, der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage bis hin zu Z wie sachgerechten Zulagen.

Eine moderne Hauptstadtpolizei braucht kontinuierliche Rahmenbedingungen, um auch in schwierigen Zeiten den demokratischen Rechtsstaat durchsetzen zu können.